

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 39. Ratssitzung vom 27. Februar 2019

939. 2018/238

Motion von Barbara Wiesmann (SP) und Anjushka Früh (SP) vom 20.06.2018: Finanzierung der Entsorgung von Grünabfall über den Infrastrukturpreis zur Abfallbewirtschaftung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Barbara Wiesmann (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 156/2018): *Mit dieser Motion wollen wir die Finanzierung der Entsorgung von Grünabfall ändern, damit der Zugang erhöht und vereinfacht wird. Momentan wird die Entsorgung vertraglich geregelt. Der Hauseigentümer oder Hauseigentümerin muss ein Abonnement abschliessen. Vielfach besteht aber kein Abonnement und der Küchenabfall und die Essensreste müssen im normalen Abfall und damit in der Kehrichtverbrennung entsorgt werden. Der Hauseigentümer oder Hauseigentümerin hat kein besonderes Interesse an einem Abonnement und die Mieterschaft geringen Handlungsspielraum. Insbesondere mit der knappen Wohnsituation in der Stadt Zürich wollen sich die Mieter und Mieterinnen nicht deswegen exponieren und Vermieter haben es nicht nötig, einen Zusatzaufwand auf sich zu nehmen. In der Antwort auf die schriftliche Anfrage 2018/81 wird explizit erwähnt, dass die Menge der Küchenabfälle und Essensreste erhöht werden kann, weil der energetische Nutzen bis zu 50 Prozent höher ist als bei Gartenabfällen. Es ist zudem nachgewiesen, dass die Vergärung in der Biogasanlage deutlich mehr Energie pro Tonne Küchenabfälle erzeugt, als wenn man den Abfall einfach in der Kehrichtverbrennungsanlage verbrennt. Auch im Stadtratsbeschluss 2003/210 «Sammlung und Verwertung von Grüngut» erläuterte der Stadtrat die Vorteile der separaten Grünabfuhr. Die Grüngutsammlung ist zusammen mit der Aufbereitung und Einspeisung von Biogas ein wichtiger Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft. Sie erlaubt die Gewinnung von erneuerbarer Energie und eine Steigerung der Energieeffizienz. Es unterstützt die Vorbildfunktion der Stadt Zürich und die Sensibilisierung der Bevölkerung zum Schutz der Ressourcen. Deshalb sind wir der Ansicht, dass der Zugang zur Grünabfuhr gefördert werden muss und das ist über eine Änderung der Finanzierung möglich. Auch andere recycelbare Abfälle wie Papier und Karton werden über den Infrastrukturpreis finanziert. Es gibt keinen triftigen Grund, weshalb das bei der Grünabfuhr anders sein sollte. Es liegt in der Natur der Sache, dass aufgrund der grösseren Mengen an Grünabfall auch mehr Aufwand auf die Stadt zukommt. Der Mehraufwand ist den energetischen Vorteil aber Wert. Der Zugang für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt zur Grünabfuhr und der Beitrag ans Klima und an die 2000-Watt-Gesellschaft sind höher zu gewichten als die zusätzlichen Investitionen, die aufgrund der Änderung auf uns zukommt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Wir sind sehr interessiert an Bioabfall und wir wissen auch, dass wir mehr sammeln und etwas Sinnvolleres mit dem Bioabfall machen können, als ihn in den normalen Abfall zu werfen. Insofern sind wir uns einig. Wir wollen aber nicht, dass wir gezwungen werden, das über den Infrastrukturpreis zu finanzieren. Wir arbeiten gegenwärtig an einer Entsorgungsstrategie. Wir wollen die heutige Strategie weiterentwickeln und in diesem Rahmen werden wir uns ganz zentral auch über Bioabfälle Gedanken machen. Wir finden nicht, dass die Finanzierung unbedingt über den Infrastrukturpreis geschehen muss. Die jetzige Abonnements-Lösung hat tatsächlich den Nachteil, dass nicht jeder Mieter oder jede Mieterin den Bioabfall als solcher entsorgen kann, da er oder sie angewiesen ist, dass der Vermieter einen Container zur Verfügung stellt. Daran kann man sicher etwas verbessern. Es sollte möglich sein, dass alle, die das Grüngut entsorgen möchten, dies auch tun können. Bitte wandeln Sie den Vorstoss in ein Postulat um und geben Sie uns damit die Möglichkeit, grösser zu denken. Der Infrastrukturpreis muss nicht die beste Lösung sein. Das Abonnement ist verursachergerecht. Der, der mehr produziert, muss auch mehr bezahlen. Das wollen wir weiterhin mitüberlegen. Deshalb bitte ich Sie, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.*

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): *Ausser in der Frage der Preisgestaltung, bin ich mit der Ausführung der Motionärin einverstanden. Der Infrastrukturpreis wird im Moment gar nicht erhoben, weil die Reserven des Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) dermassen gigantisch angewachsen sind. Die Gebühr die dort erhoben wird ist sowieso nicht gerechtfertigt. In der ganzen Mechanik, was Infrastrukturpreis und was Leistungspreis ist, muss das kantonale Abfallgesetz die Lösung so gewähren, dass die Abfallmenge reduziert wird. Beim Bioabfall befinden wir uns ein wenig in einem Dilemma; wir wollen keinen Foodwaste, aber wenn er doch entsteht, soll er energetisch möglichst gut behandelt werden. Ich bin der Meinung, man sollte die Motion in ein Postulat umwandeln. Ich möchte STR Richard Wolff und seine Dienstabteilung auffordern, die Motion ernst zu nehmen und zu prüfen, wie man die verschiedenen Möglichkeiten verändern kann, so dass sich die eingelieferte Menge erhöhen lässt. Ich beantrage deshalb eine Textänderung, die aber nur dann Sinn macht, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt wird: «Er erarbeitet hierzu innerhalb von zwei Jahren einen Bericht zuhanden des Gemeinderats». Ich möchte damit verhindern, dass über die kleinen Dienstwege wie den Geschäftsbericht nichts passiert. Ich erwarte vom Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) bald einen Hinweis in Form von Weisungen, wie die Preise im Abfallwesen neu zu gestalten sind. Die Bonusaktionen laufen nächstes Jahr ab und wir werden eine neue Lösung brauchen. Die AL steht hinter dem Ziel der Motion, hält den Weg in der jetzigen gebührenpolitischen Situation aber für falsch und bittet deshalb um eine Umwandlung in ein Postulat.*

Ernst Danner (EVP): *Auch die EVP kann den Vorstoss als Motion nicht unterstützen, dafür aber als Postulat mit der Textänderung der AL, weil man so einen Bericht über die*

Situation erhält. Ich kann mich erinnern, dass Gebühren um 50 Prozent erhöht wurden, als die Grünabfuhr um Haushaltsbioabfälle erweitert wurde. Man wollte dies mit einer Bonusaktion mildern, in der Hoffnung, dass die exorbitante Preiserhöhung vergessen ginge. Ich kann mich auch noch erinnern, wie man vor zehn Jahren die Ökobilanz der Haushaltsabfallsammlung in der Kommission diskutierte. Die einen meinten, es gebe eine positive Ökobilanz, der damalige Direktor berechnete hingegen, dass das Verbrennen netto, wenn man auch den Transport einberechnet, nicht wesentlich besser ist als die Vergasung der Abfälle – die ökonomische Bilanz hingegen massiv schlechter. Meines Wissens wurde das danach nie mehr in den realen Verhältnissen der Stadt Zürich nachgerechnet. Ich bereite im Moment eine Interpellation vor, die den Stadtrat bittet, die ökonomische und ökologische Bilanz nachzurechnen und uns offen zu legen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen aussieht. Wenn wir dieses Postulat überweisen, könnte der Stadtrat zusätzlich kalkulieren, wie sich eine Veränderung der Preisstruktur anders organisieren liesse.

Matthias Probst (Grüne): *Es gab in der Kommission eine grosse Diskussion, welche Bilanz nun die bessere sei. Ernst Danner (EVP) verwechselte aber eben zwei Sachen: Es gibt eine Ökobilanz und eine Energiebilanz. Die Energiebilanz ist natürlich besser, wenn man die Abfälle einfach in der Kehrichtverbrennungsanlage verbrennt, die Ökobilanz ist aber sehr viel besser, wenn man Stoffkreisläufe schliesst und Humus zurückführt, wo er herkommt. Es ging damals vor allem um die Schliessung der Stoffkreisläufe. Die Verwaltung sträubte sich mehrere Jahre lang und schlussendlich kam wider Willen eine Mehrheit zustande. Das Ganze hatte aber einen kleinen Schönheitsfehler. Wir nehmen qualitätsvollen, kompostierbaren Kehricht, der bis anhin in der Kehrichtabfuhr landete, aus diesem raus und entsorgen ihn anders. Die Kehrichtsammelanlagen sind zu einem grossen Teil über den Infrastrukturpreis finanziert – der Teil, den wir rausnehmen, ist aber rein gebührenfinanziert. Die Stadt Zürich finanziert ihre Grünabfuhr verursachergerecht, obwohl diese in den meisten Gemeinden kostenfrei ist. Wenn man kostendeckend finanzieren will, muss man gleich lange Spiesse wie für die normale Kehrichtabfuhr schaffen. Es ist absolut angebracht, dass die Grundkosten, die nicht über die Sackgebühr finanziert sind, auch für die Grünabfuhr gelten. Ich finde es deshalb gut, dass nun diese Motion vorliegt, auch wenn man offener formulieren könnte, wie man die Finanzierung organisiert. Es ist aber völlig klar, dass das heutige System nicht zukunftsfähig und zu teuer ist. Kein privater Hauseigentümer, der nicht besonders ökologisch motiviert ist, bestellt von sich aus eine Grüngutabfuhr, weil sie zu viel kostet. Wir müssen uns deshalb überlegen, wie wir die Grüngutabfuhr besser implementieren können und ich begrüsse die Abfallstrategie deshalb sehr. Das Finanzmodell muss auf der einen Seite selbstverständlich optimiert werden und gleichzeitig kann man auch das System optimieren. Das momentane Produkt der Grüngutanlage ist noch nicht das, was ich mir vorstelle. Wir tun gut daran, uns die Stoffkreisläufe genauer anzusehen. Es gibt grosses Verbesserungspotential und es macht absolut Sinn, die Grüngutabfuhr in der Kostenstruktur zu überarbeiten. Im Wissen, dass man die Motion auch ein wenig offener formulieren könnte, unterstützen wir die Motion und das Postulat und hoffen, dass wir das riesige Potential in Zukunft effizienter nutzen werden.*



4 / 4

Barbara Wiesmann (SP) ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Wir bleiben bei der Motion. Da die Textänderung in der Motion keinen Sinn macht, bleiben wir auch beim ursprünglichen Text.

Sebastian Vogel (FDP): Wir stehen grundsätzlich hinter dem Verursacherprinzip. Wir hätten den Vorstoss mit einer Textänderung als Postulat unterstützt.

Dubravko Sinovcic (SVP): Ich ging davon aus, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird und wir es mit einer grossen Mehrheit überweisen können. Eine Motion schießt aber weit über das Ziel hinaus. Niemand möchte Grüngut verschwenden. Es ist aber sicher nicht im Sinne der Stadt, Grüngut mit einem flächendeckenden Zwang zur Sammlung mit Gold aufzuwägen.

Ronny Siev (GLP): Wir unterstützen die Motion, weil wir glauben, dass es der richtige Weg ist, eine gute Auslastung für den energetischen und ökologischen Bereich zu schaffen und die Sammlung der Küchenabfälle aller Menschen in der Stadt zu ermöglichen.

Die Motion wird mit 69 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat